

Wirtschafts-Landesrat Dr. Michael Strugl:

**"EU muss Vorleistungen für Klimaschutz anerkennen,
sonst droht Industrievertreibung aus Österreich und
Europa"**

**Dringender Appell vor dem Gipfel der EU-Regierungschefs am 23. und 24.
Oktober in Brüssel zu den künftigen Klimazielen der EU**

(LK) "Die Vorleistungen der heimischen energieintensiven Industrie zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes müssen unbedingt berücksichtigt werden", stellt Oberösterreichs Wirtschafts-Landesrat Dr. Michael Strugl im Hinblick auf den bevorstehenden Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 23. und 24. Oktober in Brüssel zur Festlegung der künftigen Klimaschutzziele der EU fest. "Österreichs und insbesondere Oberösterreichs Industrie haben bereits massive Anstrengungen für den Klimaschutz gesetzt. Sie dürfen daher nicht durch noch schärfere Vorgaben belastet, sondern müssen durch kostenfreie Emissionsrechte belohnt werden. Alles andere wäre eine Wettbewerbsverzerrung und würde letztlich zu einer Industrievertreibung aus Österreich und Europa führen", so der dringende Appell von LR Strugl.

Oberösterreich als Industrieland und Produktionsstandort Nr. 1 ist besonders angewiesen auf faire Rahmenbedingungen für den produzierenden Sektor, insbesondere bei der Energie- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene. Beim EU-Gipfel am 23. und 24. Oktober soll eine grundsätzliche Einigung über die Ziele in der Klima- und Energiepolitik bis zum Jahr 2030 erzielt werden. Dabei geht es vor allem um die Reduktion des CO₂-Ausstoßes, die Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie und die Steigerung der Energieeffizienz. Diskutiert werden eine 40-prozentige Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes, ein Anteil von 27 Prozent erneuerbarer Energie am gesamten Energieaufkommen und eine Steigerung der Energieeffizienz um 30 Prozent. Darüber hinaus sollen die EU-Staaten auch eine gemeinsame Linie für

die UN-Klimakonferenz 2015 in Paris finden, wo weltweit gültige Klimaschutzziele beschlossen werden sollen.

"Um die Vorleistungen der heimischen energieintensiven Industrie, etwa der voestalpine, zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes entsprechend anzuerkennen sollten in der neuen Periode bis 2030 jene zehn Prozent der Unternehmen, die die jeweils geringsten Emissionen innerhalb einer Branche aufweisen, kostenfreie Emissionsrechte zugeteilt bekommen", schlägt Strugl vor. Denn die Klima- und Energiepolitik der EU müsse für die Unternehmen stabile Rahmenbedingungen bieten, die die Last der Reduktionsziele gerecht auf die einzelnen Mitgliedsstaaten verteilen. Vor allem dürfe es auch nicht zu übermäßigen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Ländern außerhalb Europas kommen: "Es wäre nicht im Sinne des Klimaschutzes, wenn Produktionen in Länder mit geringeren Umweltstandards ausgelagert werden. Dadurch würden nicht nur Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Europa verloren gehen, sondern auch die Umwelt würde noch stärker belastet", argumentiert Strugl.

"Wenn das Ziel, die Industrie in Europa zu stärken und den Anteil des industriellen Sektors am Brutto-Inlandsprodukt der EU von jetzt 16 Prozent auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu steigern, erreicht werden soll, muss es auf europäischer Ebene auch eine klare Antwort auf die Frage geben, wie das mit den Klimaschutzzielen vereinbar ist", unterstreicht der Wirtschafts-Landesrat. Strugl appelliert insbesondere auch an Bundeskanzler Faymann, beim bevorstehenden EU-Gipfel, die berechtigten Interessen der heimischen Industrie einzubringen, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreichs erhalten und Arbeitsplätze abgesichert werden können.